

4. Zur Diskussion: Studentische Protestbereitschaft

Das gewisse Ausruhen in der Hochschulentwicklung und Politik, das seit den 70er Jahren stagniert, scheint zu Ende. Nun melden sich auch die Studierenden wieder "demonstrativ" zu Wort. Die studentische "Protestbereitschaft" war zwar etwas abgeebbt aber nicht grundsätzlich verloren.

Studentische Protestbereitschaft

Man kann nicht davon ausgehen, die Studierenden hätten ihre Kritik und ihren Protest endgültig an den Nagel gehängt. Dafür ist die grundsätzliche Protestbereitschaft noch hinreichend vorhanden. Sie ist zudem verbunden mit verbreiteter Unzufriedenheit über die politische Mitwirkungsmöglichkeiten, in Ost und West, sowie mit starker Kritik an Parteien und Politik. All dies kann dazu beitragen, daß die Studierenden Anlässe finden, ihre latente Protestbereitschaft wieder zu aktivieren.

Rahmen und Ziel des möglichen Protestes bleiben auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive weitgehend begrenzt. Es handelt sich um "punktuelle Aktionen" ohne breitere ideelle oder ideologische Einbettung. Die Proteste beziehen sich enger auf materielle Probleme, die in ihrer Bedeutsamkeit unter den Studierenden zugenommen haben: **Finanzierung, Wohnsituation** und **Erwerbschancen**. Sie haben eher den Charakter einer Interessenwahrnehmung ohne darüber hinausgreifende Ideen oder Umgestaltungsabsichten. Gegenwärtig sind die Studierenden insofern "kein Ferment politischer Unruhe" (von Friedeburg), da sie die Gesellschaft wenig grundsätzlich fordern, die "Machtfrage" schon gar nicht stellen.

Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionsformen

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist darauf zu verweisen, daß auch punktuelle, materiell orientierte Proteste ohne weitreichende ideologische Überhöhungen dennoch in harter Gangart vorgebracht werden und eskalieren können. Gerade unter den westdeutschen Studierenden ist die Akzeptanz unkonventioneller, zum Teil nötiger Aktionsformen bei Auseinandersetzungen weiterhin recht verbreitet.

Um Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen zu äußern und Forderungen vorzubringen, finden die verschiedenen Aktionsformen bei den Studierenden eine klare Stufung der Akzeptanz und Ablehnung. Zwei Formen werden ganz überwiegend prinzipiell akzeptiert, jedoch mit größeren Differenzen zwischen West und Ost: **Flugblätter und Wandzeitungen** (70% im Westen, 60% im Osten) und **Demonstrationen und Kundgebungen** (60% im Westen, 40% im Osten). Die ostdeutschen Studierenden haben häufig Vorbehalte, Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblätter und Wandzeitungen als Mittel des Protests grundsätzlich anzuerkennen.

Stark umstritten ist dagegen der **Boycott von Lehrveranstaltungen** oder von Streiks: Zwar spricht sich die Mehrheit in Ausnahmefällen dafür aus, aber die

Anteile prinzipieller Befürworter wie Gegner von möglichen Boykotts sind gleich stark.

Hinsichtlich einer **Institutsbesetzung** als Signal von Kritik und Protest ist die Studentenschaft ebenfalls gespalten: die Hälfte lehnt sie grundsätzlich ab, die andere Hälfte akzeptiert sie, allerdings ganz überwiegend nur in Ausnahmefällen.

Aus:

Bargel, T. (1994): Studierenden und Politik im vereinten Deutschland. Reihe Bildung- Wissenschaft-aktuell 3/94. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.), Bonn 1994.